

Beilage zu No. 44 des Kreisblatt

9. Mai.

für den Kreis Westerbürg.

1916

Satzungen

des
Zweckverbandes für den Betrieb des Gruppen-
wasserwerks Chringhausen-Molsberg.

Bezeichnung der Verbandsglieder, Aufgaben, Be-
nennung und Sitz des Verbandes.

§ 1.

Auf Grund des Zweckverbandsgesetzes vom 19. Juli 1911
des § 100 ff. der Landgemeindeordnung für die Provinz
Hessen-Nassau vom 4. August 1897 errichten die Landgemeinden
Chringhausen, Eisen, Meudt, Dahlen, Zehnhausen b. W., Berod,
Wallmerod und Molsberg den „Zweckverband für den
Betrieb des Gruppenwasserwerks Chringhausen-Mols-
berg“.

Der Verband hat seinen Sitz in Meudt.

Aufgabe des Verbandes ist: durch den Betrieb des Gruppen-
wasserwerks die beteiligten Gemeinden mit Wasser für öffentliche
Bedürfnisse, und ihre Angehörigen mit Wasser für Haus und Hof
zu versorgen. Außerdem erhält die Eisenbahnstation Meudt ihr
Betriebswasser.

II. Mitgliedschaft.

§ 2.

Mitglieder des Verbandes sind die in § 1 genannten Ge-
meinden.

Der Eintritt weiterer Gemeinden regelt sich nach den §§
28 und 29 der Satzungen. Außerdem unterliegt der Eintritt
weiterer Gemeinden der technischen Aufsichtsbehörde. Der Aus-
tritt aus dem Verbande ist nur am Schlusse einer Veranlagungs-
periode (§ 20) und erst nach Ablauf einer Kündigungsfrist von
zwei Jahren zulässig. Die austretende Gemeinde hat dem Ver-
bande bei ihrem Austritt einen Betrag zu entrichten, welcher
mindestens $\frac{3}{4}$ des Anteiles an dem Vermögen gemäß § 17 der
Satzungen entspricht. Die innerhalb der Gemarkung der aus-
getretenen Gemeinde vorhandenen Teile der Wasserversorgungs-
anlage wie: Wasserleitungsröhren, Hochbehälter, Quellfassungs-
anlagen, Pumpstation, Wassermesserschächte, Luftventile usw.,
sowie die für den Weiterbetrieb der Verbandsanlage unentbehr-
lichen sind, bleiben uneingeschränktes und alleiniges Eigentum des
Verbandes. Auch das Recht des Betretens der unentbehrlichen
Anlagen sowie das Recht der Durchlegung von Rohrleitungen
nach der Gemarkung der ausgetretenen Gemeinde bleibt für den
Verband nach wie vor bestehen.

Die entbehrlichen Teile der Verbandsanlage innerhalb der
Gemarkung einer ausgetretenen Gemeinde gehen mit dem Aus-
tritt aus dem Verbande an die betreffende Gemeinde als Eigen-
tum über.

Durch den Austritt erlischt jeglicher Anspruch an dem je-
weiligen Vermögen des Verbandes.

Im übrigen regelt sich der Austritt nach den §§ 15 und
16 der Satzungen.

III. Organe des Verbandes.

§ 3.

Der Verband wird in seinen Angelegenheiten durch den
Verbandsvorstand und den Verbandsausschuß vertreten.

IV. Der Vorstand und seine Obliegenheiten.

§ 4.

Der Vorstand besteht aus dem Verbandsvorsteher, seinem
Stellvertreter und zwei Mitgliedern, welche von dem Verbandsaus-
schuß aus seiner Mitte und möglichst aus den Gemeinden Berod
und Molsberg nach absoluter Stimmenmehrheit gewählt werden.

Die Wahl kann durch Zuzug erfolgen, wenn niemand
widerspricht. Die Wahl erfolgt für fünf Jahre mit der Maß-
gabe, daß bei Ablauf der Wahlperiode die Mitgliedschaft im
Verband bis zur Wahl des Nachfolgers fort dauert.

Die Ausgeschiedenen können wiedergewählt werden.

Die Neuwahl der Vorstandsmitglieder hat in der Regel
den Monat vor Ablauf der Wahlperiode zu geschehen.

Für ausgeschiedene Mitglieder ist innerhalb Monatsfrist
nach dem Ausscheiden Ersatz zu wählen.

Die Wahlperiode des Ersatzmannes läuft mit der für den
Vorstand jeweils bestimmten Wahlperiode ab.

§ 5.

Der Vorsteher des Verbandes ist der jeweilige Bürger-
meister von Meudt.

Der stellvertretende Vorsteher ist der jeweilige Bürger-
meister von Wallmerod oder dessen Stellvertreter. Letzterer hat
den Vorsteher in Behinderungsfällen zu vertreten.

§ 6.

Der Verbandsvorsteher leitet und beaufsichtigt den Ge-
schäftsgang des Verbandes und sorgt für pünktliche und tadel-
lose Erledigung der Geschäfte.

§ 7.

Der Verbandsvorsteher beruft den Vorstand, so oft es die
Geschäfte erfordern und führt in denselben den Vorsitz mit vollem
Stimmrecht. In Behinderungsfällen geht der Vorsitz auf seinen
Stellvertreter mit vollem Stimmrecht über.

Die Beschlüsse des Verbandsvorstandes werden nach
Stimmenmehrheit und unter Teilnahme von mindestens zwei
Mitgliedern gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die
Stimme des Vorstehers.

§ 8.

Der Verbandsvorsteher führt unter seiner Unterschrift den
laufenden Schriftverkehr. Er vertritt den Verband nach außen
hin. Urkunden über Rechtsgeschäfte, welche den Verband gegen
Dritte verpflichten sollen, — wozu auch Vollmachten gehören —
müssen unter Anführung des betreffenden Beschlusses des Ver-
bandsausschusses von dem Vorsteher und mindestens zwei Mit-
gliedern des Vorstandes unterschrieben und mit dem Siegel der
Gemeinde Meudt bezw. Wallmerod versehen sein.

§ 9.

Dem Verbandsvorsteher stehen im Uebrigen hinsichtlich der
Verwaltung der Verbandsangelegenheiten die Rechte des Bürger-
meisters und dem Verbandsvorstande die Rechte des Gemeinderats
nach den Bestimmungen der Landgemeindeordnung vom 4.
August 1897 zu.

V. Verbandsausschuß und seine Obliegenheiten.

§ 10.

Der Ausschuß des Verbandes setzt sich ohne Wahl aus den
jeweiligen Bürgermeistern bezw. dessen Stellvertretern der be-
teiligten Gemeinden zusammen. Außerdem ist die größte betei-
ligte Gemeinde Meudt berechtigt, zwei weitere, und die zweit-
größte Gemeinde Wallmerod einen weiteren stimmberechtigten
Vertreter aus der Mitte der Gemeindevertretung zu den Ver-
sammlungen zu entsenden.

§ 11.

Der Verbandsausschuß versammelt sich auf Einladung des
Verbandsvorstehers in dem von ihm innerhalb des Verbandsgebietes
zu bestimmenden Lokal, wenn die Geschäfte es erfordern. Der
Verbandsvorsteher ist zur Berufung verpflichtet, wenn mindestens
vier Mitglieder des Ausschusses es verlangen.

Die Einladung muß — abgesehen von dringlichen Fällen —
unter Angabe der Beratungsgegenstände drei Tage vor dem
Termin erfolgen.

§ 12.

Der Verbandsausschuß ist in der Regel bei Anwesenheit
von zwei Dritteln der Mitglieder beschlußfähig. Eine Ausnahme
findet statt bei den in § 15 vorgesehenen Beschlüssen und
wenn nach festgestellter Beschlunsfähigkeit eine neue Sitzung
zur Beschlusfassung über denselben Gegenstand anberaumt ist.
In diesem Fall ist der Verbandsausschuß ohne Rücksicht auf die
Zahl der Erschienenen beschlußfähig. Auf diese Folge ist in der
Einladung zur zweiten Sitzung aufmerksam zu machen.

§ 13.

Der Verbandsausschuß beschließt in der Regel nach Stimmen-
mehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des
Verbandsvorstehers bezw. seines Stellvertreters.

Dem Verbandsausschuß stehen im übrigen hinsichtlich der
Verwaltung der Verbandsangelegenheiten die Rechte der Ge-
meindevertretung in Gemäßheit der Bestimmungen der Landge-
meindeordnung vom 4. August 1897 zu.

§ 14.

Die Mitglieder des Vorstandes und des Ausschusses mit
Ausnahme des Vorstehers erhalten für ihre Tätigkeit und Aus-
lagen Tagegelder und Ersatz der Transportkosten, die vom Ver-
bandsausschuß festzusetzen sind.

Der Vorsteher erhält für seine Tätigkeit und Auslagen eine
vom Ausschuß festzusetzende jährliche Pauschalvergütung.

§ 15.

Unter teilweiser Abweichung von den §§ 12 und 13 der

Satzungen sollen zur Beschlussfassung des Verbandsausschusses betreffend:

- Eintritt weiterer Gemeinden in den Verband (§ 2),
- Austritt von Gemeinden aus dem Verband (§ 2),
- Aufnahme neuer Anleihen sowie Uebernahme von weiteren Bürgschaften pp. (§ 18),
- Feststellung der Summe, die nach vollständiger Tilgung des Schuldenkapitals von 187000 Mark alljährlich dem Bauunterhaltungs- bzw. Reservefonds zufließen soll (§ 22),
- Abgabe größerer Wassermengen von mehr als 2,5 cbm täglich an ein und dasselbe Grundstück oder an ein und dasselbe Unternehmen soweit es nicht bereits gestattet ist (§ 23),
- Erweiterung des Hauptrohrnetzes (§ 23),
- Abschluss des Vertrags mit dem Rohrmeister bzw. dem Ersatzrohrmeister (§ 24),
- Wahl des Kassensführers (§ 25),
- Statutenänderung (§ 27),
- Auflösung des Verbandes (§ 28)

wenigstens alle beteiligten Gemeinden vertreten sein und sind die Beschlüsse in diesen Fällen mit zwei Drittel der Stimmenmehrheit zu fassen. Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist gemäß § 12 der Satzungen zu verfahren.

II. Zuständigkeiten, Dienstvergehen, Vereidigung pp.

§ 16.

Hinsichtlich der staatlichen Zuständigkeiten, der Dienstvergehen des Verbandsvorstehers und seines Stellvertreters, der Vereidigung der gewählten Mitglieder des Verbandsvorstandes bzw. Ausschusses und der Enthebung ihrer Stellen finden die Bestimmungen des § 22 des Zweckverbandsgesetzes vom 19. Juli 1911 Anwendung.

III. Verbandsvermögen.

§ 17.

Die gesamte Wasserversorgungsanlage einschl. des Grundvermögens bestehend in: den Parzellen No. $\frac{1}{1149}$ Kartenblatt

16, Nr. $\frac{2}{1150}$ Kartenblatt 16, Nr. $\frac{3}{467}$ Kartenblatt 12, Nr. $\frac{1}{456}$

Kartenblatt 12, Nr. $\frac{2}{1664}$ Kartenblatt 12 und Nr. $\frac{3}{1788}$ Karten-

blatt 22 des Grundbuchs von Ehringhausen, Kreis Westerburg, Band VII, Blatt Nr. 305 sowie einschl. der Reservematerialien, der Werkzeuge und des hinterlegten Gastgeldes von 100 M. beim Bezirksverband in Wiesbaden in dem Sparkassenbuch der Nassauischen Sparkasse Bt. A II Nr. 454 728 ist ausnahmslos Eigentum des Verbandes. Der derzeitige Wert des gesamten Vermögens, welches die gesamten Anlagelosten darstellt, beträgt 232865 M.

An diesem Vermögen haben lt. Feststellung der beteiligten Gemeinden vom 29. Februar 1916 Anteil die Gemeinde:

Ehringhausen mit	7800 Mark
Eisen mit	13850 "
Meudt mit	61710 "
Dahlen mit	26815 "
Zeinhäusen b. W. mit	15340 "
Berod mit	33200 "
Wallmerod mit	43450 "
Molsberg mit	30700 "
	232865 Mark.

Das Vermögen des Verbandes besteht ferner aus den Betriebseinnahmen und den Bauunterhaltungs- bzw. Reservefonds.

Eine Veräußerung sowohl ganzer Verbandsanteile als auch von Teilen von Verbandsanteilen ist ausgeschlossen mit Ausnahme des in dem § 2 der Satzungen vorgesehenen Falles betreffs Austritt aus dem Verbands.

Das freie Verfügungsrecht über die aus der Masse bezahlten Feuerlöschgeräte bleibt indessen den beteiligten Gemeinden vorbehalten.

VIII. Verbandsschulden.

§ 18.

Die Verbandsschulden setzen sich zusammen aus dem seitens des Kreises, des Erbauers des Gruppenwasserwerks aufgenommenen Darlehn von 170000 Mark bei der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau und aus dem seitens des Verbandes bei dem Kreise aufgenommenen Darlehn von 17000 Mark mit zusammen 187000 Mark.

Die Anteile an diesen Schuldenkapitalien betragen lt. Feststellung der beteiligten Gemeinden vom 29. Februar 1916 für die Gemeinde:

Ehringhausen	6395 Mark
Eisen	9785 "
Meudt	53930 "
Dahlen	20085 "

Zeinhäusen b. W.	11240 Mark
Berod	27315 "
Wallmerod	35355 "
Molsberg	22895 "
	187000 Mark.

Während das Schuldenkapital von 170000 Mark vom April 1910 ab mit 4 % zu verzinsen und 1 1/2 % zu tilgen ist das Schuldenkapital von 17000 Mark vom 1. April 1910 mit 4 % zu verzinsen und 2 % zu tilgen. Die Kosten der Verzinsung und Tilgung des Schuldenkapitals von 170000 Mark vom 1. April 1910 bis 31. März 1916 sind in dem gesamten Schuldenkapital von 187000 Mark bereits enthalten.

Für das gesamte Schuldenkapital von 187000 Mark dessen Verzinsung und Tilgung übernimmt der Zweckverband dem Kreise gegenüber die solidarische Bürgschaft nach Maßgabe der Anteile seiner Mitgliedschaft an den Schulden.

Ebenso haften die Mitglieder als solidarische Bürgen eventuell später aufzunehmende Kapitalien zur Bestreitung Kosten von Erweiterungs-, Umbau- und Reparaturarbeiten anderer Ausgaben, falls diese aus dem Bauunterhaltungs- bzw. Reservefonds nicht gedeckt werden können. Anleihen, durch der bereits vorhandene Schuldenbestand vergrößert werden würde sowie Uebernahme von weiteren Bürgschaften auf den Verband unterliegen der Regelung gemäß den §§ 15 und 21 der Satzungen.

IX. Verbandsbeiträge.

§ 19.

Die zur Verzinsung und Tilgung der Schuldenkapitalien Gewährleistung eines ordnungsmäßigen Betriebes der gesamten Wasserversorgungsanlage, Deckung der Verwaltungskosten, Anlegung eines Bauunterhaltungs- bzw. Reservefonds erforderlichen jährlichen Kosten haben die Verbandsglieder als sogenannte Verbandsbeiträge aufzubringen und haften für deren rechtzeitigen Eingang in die Verbandskasse. Die Ablieferung der Beiträge in die Verbandskasse soll nachträglich in vierteljährlichen Raten erfolgen.

Betriebsstörungen aller Art, wahrzunehmende allgemeine Interessen, Eintreten höherer Gewalt usw. die eine vorübergehende Einschränkung oder Einstellung der Wasserlieferung zur Folge haben, berechtigen die Verbandsglieder weder zu Ansprüchen auf Entschädigung, noch entbinden sie von ihrer Beitragspflicht.

X. Veranlagung der Verbandsglieder zu den Verbandsbeiträgen.

§ 20.

Die Veranlagung der Verbandsglieder zu den jährlichen Beiträgen erfolgt alle fünf Jahre nach Maßgabe des Wasserbedarfs und nach dem Durchschnitt der der Veranlagung vorausgegangenen drei letzten Kalenderjahre.

Für die Gemeinde Meudt bleibt für Vergabe der Wiesensquelle an den Verband die an die Eisenbahnverwaltung liefernde Wassermenge außer Anrechnung.

Der Gemeinde Ehringhausen werden als Teilvergütung für Vergabe der Gänseteichquelle nur 50 % ihres gesamten Wasserbedarfs in Anrechnung gebracht.

Die Zinsen aus den den Gemeinden bewilligten Sonderdarlehen und Prämien sowie der Sonderdarlehen lt. Feststellung der Gemeinden vom 29. 2. 1916 sind bei der Veranlagung dem prozentualen Verhältnis der Summe der alljährlich aufzubringenden Kosten (§ 19) zu dem Schuldenkapital von 187000 Mark in Anrechnung zu bringen. Bei den der vollständigen Tilgung der gesamten Schulden von 187000 Mark folgenden Veranlagungen bleiben die vorbezeichneten Zinsen außer Anrechnung.

Bei der Veranlagung sind ferner lt. Feststellung vom 29. Februar 1916 in Anrechnung zu bringen: die Sonderleistungen der beteiligten Gemeinden Dahlen, Zeinhäusen b. W., Wallmerod und Molsberg mit 3,0 M. für jede Haushaltung jeweils zur Zeit der Veranlagung vorhandenen Haushaltung. Spätestens nach Tilgung des gesamten Schuldenkapitals kommen diese Sonderleistungen von 3,0 Mark pro Haushaltung in Anrechnung.

Die zur Zeit vom Kreisausschuß aufgestellte Veranlagung vom 29. 2. 1916 soll den folgenden Veranlagungen, deren Prüfung und Genehmigung gemäß § 29 der Satzungen erforderlich ist bis auf weiteres als Grundlage dienen.

Auf Beschwerden und Einsprüche, welche die Veranlagung zu den Verbandsbeiträgen betreffen, finden die Bestimmungen des § 21 des Zweckverbandsgesetzes vom 19. Juli 1911 sinngemäß Anwendung.

XI. Heranziehung der Gemeindebewohner für Verbandszwecke.

§ 21.

Den Verbandsgliedern bleibt die Heranziehung der Gemeindebewohner zu den Gebühren (Wassergeld) für Verbandszwecke nach Maßgabe des Kommunalabgabengesetzes und der Landesverordnungen vorbehalten.

XII. Bauunterhaltungs- bzw. Reservefonds.

§ 22.

Zweck der Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Bauunterhaltung der gesamten Wasserversorgungsanlage hat der Verband den sogenannten Bauunterhaltungs- bzw. Reservefonds verzinstantzulegen, dem bis auf weiteres alljährlich mindestens 4000 Mark, nach vollständiger Tilgung des Schuldenkapitals von 187000 Mark eine vom Ausschuss gemäß § 15 der Satzungen noch näher festzusetzende und gemäß § 29 der Satzungen vom Kreisausschuss genehmigende Summe, und etwaige Ueberschüsse zufließen sollen.

Etwaiges Defizit sowie die erforderlichen Bauunterhaltungskosten sollen in der Regel aus diesem Fonds gedeckt werden.

Bauunterhaltungskosten, die infolge Verschuldens von Verbandsgliedern oder deren Gemeindegewohnern entstehen, haben die Verbandsglieder zu ersetzen.

Die Anteile der Verbandsglieder an diesem Fonds werden nach Maßgabe der jeweils gültigen Veranlagung des Wasserversorgerberechnet mit der Abweichung von der Veranlagung, für die beteiligte Gemeinde Ehringhausen in diesem Falle der gesamte Wasserverbrauch zugrunde gelegt wird.

XIII. Benutzungsrecht der Anlage.

§ 23.

Die Einwohner der zum Verbande gehörenden Gemeinden haben zur Benutzung der Wasserversorgungsanlage berechtigt nach Maßgabe der für sie bestehenden Bestimmungen.

Die Lieferung größerer Wassermengen von mehr als 2,5 m³ täglich an ein und dasselbe Grundstück oder ein und dasselbe Unternehmen soweit es nicht bereits gestattet ist, sowie jegliche Erweiterung des Hauptrohrnetzes ist den Verbandsgliedern gemäß den in den §§ 15 und 29 der Satzungen vorgesehenen Bestimmungen gestattet.

Alle Anschlüsse an die Wasserleitung, die Anlage von Wasserzählern, ebenso sämtliche Reparaturen und Handhabungen können nur durch Vermittelung des Verbandsvorstehers erfolgen. Weiterem sind auch die diesbezgl. Anträge vorzulegen.

Die Ausführung der Arbeiten hat der Vorsteher durch den ihm bestimmten Rohrmeister bzw. Ersatzrohrmeister zu veranlassen.

Auf Beschwerden und Einsprüche, welche das Recht der Benutzung der Wasserversorgungsanlage betreffen, finden die Bestimmungen des § 21 des Zweckverbandsgesetzes vom 19. Juli 1911 Anwendung.

XIV. Technische Ueberwachung und Wartung.

§ 24.

Die technische Ueberwachung der Wasserversorgungsanlage ist der damit verbundenen Revisionen, sowie Abnahme der folgenden Anschlüsse von Grundstücken an die Wasserleitung werden von dem Kreisbaumeister des Kreises Westerbürg wahrgenommen für eine vom Verbandsausschuss festzusetzende und aus der Verbandsklasse zu zahlende jährliche Pauschalvergütung.

Zur Wartung der Anlage sowie Ausführung der erforderlichen Anschlüsse an das Rohrnetz usw. wird ein Rohrmeister, der seinen Sitz in Meudt und ein Ersatzrohrmeister, der seinen Sitz in Wallmerod haben soll, bestellt, aufgrund eines zwischen diesen

und dem Verbandsausschuss gemäß § 15 der Satzungen abzuschließenden und gemäß § 29 der Satzungen zu genehmigenden Vertrags.

XV. Rassen- und Rechnungsführung.

§ 25.

Die Einnahmen und Ausgaben werden auf Anweisung des Verbandsvorstehers vollzogen.

Die Kassengeschäfte werden von einem vom Verbandsausschuss zu wählenden Kassensführer wahrgenommen für eine vom Verbandsausschuss festzusetzende und aus der Verbandsklasse zu zahlende jährliche Pauschalvergütung.

Das Rechnungsjahr läuft vom 1. April bis 31. März jeden Jahres.

XVI. Gerichtsverhältnisse.

§ 26.

Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern des Verbandes untereinander oder mit dem Verbande hinsichtlich aller aus der Zugehörigkeit zum Verbande erwachsenden Rechten und Pflichten werden, soweit gesetzlich nicht anders bestimmt ist, unter Ausschluss des Rechtsweges vom Kreisausschuss entschieden.

XVII. Statutenänderung.

§ 27.

Auf die Änderung der Satzungen finden die Bestimmungen der §§ 15 und 29 der Satzungen Anwendung.

XVIII. Auflösung des Verbandes.

§ 28.

Die Auflösung des Verbandes ist gemäß den Bestimmungen der §§ 15 und 29 dieser Satzungen zulässig.

XIX. Aufsichtsbehörde.

§ 29.

Die Aufsichtsbehörde ist der Kreisausschuss des Kreises Westerbürg. Es unterliegen insbesondere der Genehmigung des Kreisausschusses alle Beschlüsse des Verbandsausschusses, welche die in § 15 der Satzungen näher bezeichneten Gegenstände betreffen, sowie die Veranlagungen der Verbandsglieder zu den jährlichen Verbandsbeiträgen (§ 20 der Satzungen).

§ 30.

Die vorstehenden Satzungen treten mit dem Tage ihrer Bestätigung durch den Kreisausschuss in Kraft.

Festgestellt:

Westerbürg, den 20. März 1916.

Der Verbandsausschuss:

Schönberger, Bürgermeister.	Bauch, Bürgermeister.
Schreiner, Bürgermeisterstellv.	Hannappel, Bürgermeisterstellv.
Wolf, Bürgermeister.	Rilbinger, Gemeindevertreter.
Schlemmer, Bürgermeister.	Fein, Bürgermeister.
Müller, Bürgermeister.	

Genehmigt:

Westerbürg, den 8. April 1916.

Der Kreisausschuss.

Abicht,

Königl. Landrat.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

betreffend Änderung der Verordnung über die Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände vom 8. Juli 1915

21. Oktober 1915

(Reichs-Gesetzbl. S. 420)

(Reichs-Gesetzbl. S. 683)

Vom 1. Mai 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Artikel 1.

In der Verordnung über die Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände vom 8. Juli 1915 (R.-G. S. 420)

21. Oktober 1915 (R.-G. S. 683)

enthält der § 6 folgende Fassung:

Der Reichskanzler ist befugt, den Verkehr mit Petroleum zu regeln.

Unter Berücksichtigung der von den Landeszentralbehörden zu beschaffenden Bedarfsmengen kann der Reichskanzler insbesondere die Grundsätze bestimmen, nach denen die Verteilung der im Handel befindlichen und in den Handel kommenden Petroleumbestände an die Verbraucher zu erfolgen hat. Der Reichskanzler kann die zur Durchführung der Verteilung erforderlichen Anordnungen erlassen. Soweit er von dieser Befugnis keinen Gebrauch macht, können die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bezeichneten Stellen solche Anordnungen erlassen.

Der Reichskanzler kann die Verwendung von Petroleum für bestimmte Zwecke verbieten.

Wer den auf Grund des Abs. 1, des Abs. 2 Satz 2, 3 oder auf Grund des Abs. 3 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Artikel 2.

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 1. Mai 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers. Delbrück.

Bekanntmachung.

betreffend Ausführungsbestimmungen zu den Bekanntmachungen über die Höchstpreise von Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände vom 8. Juli 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 420), 21. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 683) und vom 1. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 350).

Auf Grund des § 6 der Bekanntmachung über die Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände vom 8. Juli 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 420) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 350) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Petroleum (§ 5 der Bekanntmachung vom 8. Juli 1915 — Reichs-Gesetzbl. S. 420 —) darf bis einschließlich 31. August 1916 zu Verkaufszwecken an Wiederverkäufer vom 1. Mai 1916 ab und an Verbraucher vom 1. Juni 1916 ab nicht mehr abgesetzt werden.

§ 2. Wer eingelagertes Petroleum mit Beginn des 1. Mai 1916 in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, die vorhandenen Mengen unter Bezeichnung des Eigentümers und des Lagerungsorts der Zentralstelle für Petroleumverteilung, G. m. b. H. in Berlin,

Schiffbauerdamm 15 (Petroleumzentrale) bis zum 15. Mai 1916 anzuzeigen.

Die Anzeigepflicht erstreckt sich nicht auf Mengen, die

1. im Eigentum des Reichs, eines Bundesstaats oder Elsaß-Lothringens, insbesondere im Eigentum der Staatseisenbahnverwaltungen, der Heeresverwaltungen oder der Marineverwaltung stehen,
2. sich in Gewahrsam des Eigentümers befinden und ausschließlich für technische Zwecke im eigenen Betriebe des Eigentümers Verwendung finden sollen,
3. insgesamt 1000 Kilogramm nicht übersteigen.

§ 3. Wer eingelagertes Petroleum in Gewahrsam hat, hat es der Petroleumzentrale auf Verlangen zum Höchstpreis zu überlassen und auf Abruf zu verladen. Er hat es bis zur Abnahme aufzubewahren und pfleglich zu behandeln. Auf Verlangen hat er der Petroleumzentrale Proben gegen Erstattung der Postkosten einzusenden.

Ist das Petroleum beim Eintreffen des Abrufs der Petroleumzentrale in nicht versandfähigen Lagerbehältern eingelagert, so hat die Petroleumzentrale die für die Versendung erforderlichen Fässer oder Tankwagen zu stellen.

Die Ueberlassungspflicht erstreckt sich nicht auf die im § 2 Abs. 2 bezeichneten Mengen.

§ 4. Die Petroleumzentrale hat binnen zwei Wochen nach Eingang der Anzeige zu erklären, welche bestimmt zu bezeichnenden Mengen sie übernehmen will. Für Mengen, die sie hiernach nicht übernehmen will oder hinsichtlich derer eine Erklärung binnen der genannten Zeit nicht abgegeben wird, erlischt die Ueberlassungspflicht.

Solange die Petroleumzentrale die Ueberlassung verlangen kann, darf über das Petroleum nur mit ihrer Zustimmung anderweit verfügt werden.

§ 5. Der Empfänger von Petroleum, das sich mit Beginn des 1. Mai 1916 unterwegs befindet oder das nach diesem Zeitpunkt aus dem Ausland eingeführt wird, hat unverzüglich nach Eintreffen desselben an dem Bestimmungsorte der Petroleumzentrale telegraphisch (Telegrammadresse „Petrolzentral Berlin“) Anzeige über die Mengen und die Verpackungsart zu machen.

Der Empfänger hat das Petroleum der Petroleumzentrale auf Verlangen zum Höchstpreis zu überlassen. Standgeld, das für die Zeit nach Ablauf von 48 Stunden nach der Anzeige entsteht, hat die Petroleumzentrale zu tragen.

Die Petroleumzentrale hat binnen 48 Stunden nach Eingang der Anzeige zu erklären, ob sie das Petroleum übernehmen will. Für Mengen, die sie hiernach nicht übernehmen will, oder hinsichtlich derer eine Erklärung innerhalb der genannten Zeit nicht abgegeben wird, erlischt die Ueberlassungspflicht.

Solange die Petroleumzentrale die Ueberlassung verlangen kann, darf über das Petroleum nur mit ihrer Zustimmung verfügt werden.

§ 6. Streitigkeiten über die aus §§ 3 bis 5 sich ergebenden Verpflichtungen entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig.

§ 7. Die Landeszentralbehörde bestimmt, wer als höhere Verwaltungsbehörde im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

§ 8. Die Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 1. Mai 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers. Delbrück.

Bekanntmachung.

Auf das im vorstehenden § 1 ausgesprochene Verbot bezügl. des Petroleumverkaufs und die in den §§ 2 und 5 angeordnete Anzeigepflicht weise ich besonders hin.

Westerburg, den 6. Mai 1916.

Der Landrat.

Bekanntmachung

gegen das Fetten von Brotlaiben. Vom 1. Mai 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 11 der Verordnung des Bundesrats über die Bereitung von Backware vom 5. Januar 1915 in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 204) erhält folgenden zweiten Absatz:

„Es ist ferner verboten, in gewerblichen Betrieben Brotlaibe vor dem Ausbacken mit Fett zu bestreichen. Als Fett im Sinne dieser Vorschrift gelten tierische und pflanzliche Öle und Fette aller Art.“

II. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 1. Mai 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers. Delbrück.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Die Befolgung der vorstehend abgedruckten Bekanntmachung gegen das Fetten von Brotlaiben und die Bekanntmachung bezügl. des Petroleums ist scharf zu überwachen.

Westerburg, den 6. Mai 1916.

Der Landrat.

Bekanntmachung,

betreffend Aenderung der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 399).

1. Mai 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Artikel 1.

Im § 12 Abs. 2 der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 399) werden die Worte „selbst oder deren Rohstoffe“ gestrichen.

Artikel 2.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, den Text der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 399), wie er sich aus den Aenderungen der Verordnungen und Bekanntmachungen vom 5. August 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 489), 19. August 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 503), 13. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 584), 8. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 747), 19. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 831), 16. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 124), 24. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 193) und durch den Artikel dieser Verordnung ergibt, in fortlaufender Nummersfolge der Paragraphen und unter fortlaufender Numerierung der im § 1 genannten Gegenstände durch das Reichs-Gesetzblatt bekanntzumachen.

Artikel 3.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 1. Mai 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers. Delbrück.

Bekanntmachung

bezt. Kaffee.

Der Kriegsausschuss für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H. in Berlin macht bekannt, daß von den ordnungsgemäß angemeldeten und bei ihm verbuchten Beständen an Rohkaffee eine Quote von insgesamt 10 % jeder einzelnen Sorte zum Verkauf und zur Röstung unter folgenden Bedingungen freigegeben wird:

1. An den Verbraucher darf Kaffee nur in geröstetem Zustande verkauft werden.
2. In jedem einzelnen Falle darf nicht mehr als $\frac{1}{2}$ Pfund gerösteter Kaffee verkauft werden. Der Verkauf ist gestattet, wenn gleichzeitig an denselben Käufer mindestens die gleiche Gewichtsmenge Kaffee-Ersatzmittel abgegeben wird.
3. Der Preis für $\frac{1}{2}$ Pfund gerösteten Kaffee und $\frac{1}{2}$ Pfund Kaffee-Ersatzmittel darf zusammen Mk. 2,20 nicht übersteigen.
4. An Großverbraucher (Kaffeehäuser, Hotels, Gastwirtschaften, gemeinnützige Anstalten, Bazarette usw.) darf an Kaffee nur die Hälfte desjenigen Quantums in wöchentlichen Raten verkauft werden, das ihrem nachweisbaren wöchentlichen Durchschnittsverbrauch der letzten drei Betriebsmonate entspricht; es muß auch in diesem Falle mindestens die gleiche Menge Ersatzmittel verkauft werden.
5. Fertige Mischungen von geröstetem Kaffee mit Ersatzmitteln müssen mindestens die Hälfte Kaffee-Ersatzmittel enthalten. Der Preis für diese Mischungen darf, wenn sie 50 % Kaffee enthalten, 2,20 Mk. pro Pfund nicht übersteigen. Enthaltene die Mischungen einen geringen Prozentsatz Bohnenkaffee, so ist der Verkaufspreis dementsprechend niedriger zu stellen.

Denjenigen Verkäufern von Kaffee, Kaffee-Ersatzmitteln und fertigen Mischungen, welche die obigen Bedingungen nicht einhalten, wird durch den Kriegsausschuss ihr gesamter Vorrat an Kaffee entnommen werden.

Bezt.: Tee.

Der Kriegsausschuss für Kaffee und Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H. in Berlin macht bekannt:

Die angemeldeten Bestände an grünem Tee werden mit unter der Bedingung freigegeben, daß der Verkaufspreis im Groß- und Einzelhandel Mk. 2,50 für $\frac{1}{2}$ Kilo nicht übersteigt.

Abdruck obiger heute durch das Wolffsche Telegraphen-Büro veröffentlichten Bekanntmachungen wird mit der ergebenen Übersendung, für eine möglichst schnelle Verbreitung derselben, Ihrem Kommunalverband das Nötige veranlassen zu wollen.

Berlin, den 3. Mai 1916.

Kriegsausschuss für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel

Bekanntmachung

Die durch Bekanntmachung vom 12. April 1916 bekanntgegebenen Höchstpreise werden dahin ergänzt, daß vom 1. Mai d. J. ab für Doppellender 20 Mk. mehr für 50 kg Lebendgewicht betreffenden Gewichtsklasse bezahlt werden dürfen.

Frankfurt a. M., den 1. Mai 1916.

Viehhandelsverband für den Reg.-Bezirk Wiesbaden